

## Schnellinfo 01/2015, 22.01.2015

### Inhalt

#### In eigener Sache

- Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 14.03.2015
- Petition für menschenwürdige Unterbringung

#### Aus aktuellem Anlass

- Interkultureller Rat fördert Veranstaltungen
- Anhörungen vermeintlicher ghanaischer Staatsangehöriger
- Filmstart „Willkommen auf Deutsch“
- Libanon will Zuzug syrischer Flüchtlinge stoppen
- UN stellt Hilfspläne für Syrien vor

#### Aus den Initiativen

- ProAsyl Essen startet Verkaufsaktion für Flüchtlinge

#### Europa

- Push-Back-Überlebende reichen Klage ein
- Mit Flugdrohnen gegen Flüchtlinge
- Debatte über Dublin-Überstellungen

#### Deutschland

- Aufenthaltserlaubnisse für syrische Flüchtlinge werden verlängert
- Lockerung der Residenzpflicht tritt in Kraft
- AsylbLG-Leistungssätze steigen ab März
- PRO ASYL warnt CSU vor Stimmungsmache
- Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht
- Aktuelle Informationen zur Syrien-Aufnahme

- Handwerkspräsident will Zuwandererinnen für Ausbildungsberufe
- Anerkennungsquoten variieren zwischen den Ländern
- Bayern will „konsequenter“ abschieben
- Demonstrantinnen fordern Aufklärung in Dessau

#### Nordrhein-Westfalen

- Evangelische Kirche stärkt Flüchtlingsarbeit
- Landessportbund fördert Flüchtlingsprojekte
- Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“
- European Homecare verspricht neues Konzept
- Kritik an Flüchtlingsunterbringung in Schwerte

#### Rechtsprechung und Erlasse

- MIK NRW zur Abschiebung in Balkanländer

#### Zahlen und Statistik

- 202.834 Asylanträge im Jahr 2014
- UNHCR veröffentlicht Halbjahresbericht

#### Materialien

- Broschüre „Grundlagen des Asylverfahrens“
- Ratgeber zur Begleitung von Hungerstreikenden
- Länderbericht Bulgarien
- Bundesamt veröffentlicht UMF-Tagungsbericht
- ARD-Dokumentation zur Asylpolitik
- „Weltspiegel“ über Flüchtlinge in Calais
- WDR-Doku zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

#### Termine

---

## In eigener Sache

---

### Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 14.03.2015

Datum: Samstag, 14. März 2015 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann (Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

---

#### Petition für menschenwürdige Unterbringung

Marode Gebäude, räumliche Enge, Isolation - die Missstände, mit denen Schutzsuchende in vielen nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften zu kämpfen haben, sind vielfältig. Der Flüchtlingsrat NRW hat daher Anfang Januar 2015 eine Petition gestartet, in der er klare Mindeststandards, wie etwa eine Mindestgröße der Wohn- und Schlaflfläche, für die Flüchtlingsunterbringung fordert. Denn solange jede einzelne Kommune für die Gestaltung der

Flüchtlingsunterbringung selbst verantwortlich ist und keine verbindlichen Qualitätsstandards existieren, werden eklatante Missstände auch weiterhin an der Tagesordnung sein.

Die Petition kann unter dem untenstehenden Link unterzeichnet werden.

*Flüchtlingsrat NRW: Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen braucht verpflichtende Mindeststandards*

---

## Aus aktuellem Anlass

---

#### Interkultureller Rat fördert Veranstaltungen

Der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. fördert Veranstaltungen mit Flüchtlingen, die im Rahmen der Interkulturellen Wochen vom 16. bis zum 29.03.2015 stattfinden. Es können Kosten beispielsweise für Referentinnenhonorare, Übersetzungen oder Informationsmaterialien in Höhe von bis zu 300 Euro übernommen werden.

*Internationale Wochen gegen Rassismus*

#### Anhörungen vermeintlicher ghanaischer Staatsangehöriger

In der Woche zwischen dem 26. und dem 30.01.2015 sollen im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten in Berlin vermeintlich ghanaische Staatsangehörige durch ghanaische Regierungsvertreterinnen befragt werden. Ziel solcher Anhörungen ist es, zu klären, ob es sich bei den Befragten um Staatsangehörige des betreffenden Landes handelt und so gegebenenfalls eine Abschiebung zu ermöglichen. Flüchtlingsinitiativen raten daher

dringend, sich im Vorfeld der Anhörungen mit einer Anwältin zu besprechen.

### Filmstart „Willkommen auf Deutsch“

Der Dokumentarfilm „Willkommen auf Deutsch“ beschäftigt sich mit der Frage, was passiert, wenn in der Nachbarschaft plötzlich Asylsuchende einziehen. Über einen Zeitraum von fast einem Jahr begleitet der Film Flüchtlinge, Anwohnerinnen und Behördenmitarbeiterinnen im Landkreis Harburg. Am 12.03.2015 kommt der Film bundesweit in die Kinos. Die Filmemacherinnen, die sich bereits vor einigen Jahren mit dem Dokumentarfilm „Wadim“ dem Flüchtlingsthema zugewendet hatten, rufen lokale Flüchtlingsinitiativen dazu auf, die Filmvorführungen mit eigenen Veranstaltungen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen zu ergänzen. Interessierte können sich unter der E-Mail-Adresse [pittlik\(ät\)pier53.de](mailto:pittlik(ät)pier53.de) bei der zuständigen Mitarbeiterin des Filmverleihs, Andrea Pittlik, melden.

*Willkommen auf Deutsch*

### Libanon will Zuzug syrischer Flüchtlinge stoppen

Seit dem 05.01.2015 dürfen Syrerinnen nur noch mit einem gültigen Visum in den Libanon einreisen. Das kleine Nachbarland Syriens reagiert damit auf die anhaltend hohe Zahl ankommender syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Der Libanon mit rund vier Mil-

lionen Einwohnerinnen hat seit 2011 über eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen.

*TAZ: Flüchtlinge sollen draußen bleiben (04.01.2015)*

### UN stellt Hilfspläne für Syrien vor

Die Vereinten Nationen haben am 18.12.2014 ihre neuen Hilfspläne für Syrien und die Region vorgestellt und dabei an die Spendenbereitschaft der Staatengemeinschaft appelliert. Finanzielle Mittel in Höhe von 8,4 Milliarden US-Dollar würden benötigt, um im Jahr 2015 und darüber hinaus fast 18 Millionen Menschen in Syrien und in der Region direkt helfen zu können. „Der Konflikt hat das Leben der syrischen Bevölkerung verwüstet, sie sitzen in den Konfliktgebieten fest, ohne Zugang zu den grundlegendsten Dingen des täglichen Bedarfs und Gesundheitsversorgung. Viele Leben in Angst, Kinder können nicht mehr zur Schule gehen, ihre Eltern nicht zur Arbeit“, so Valerie Amos, UN-Untergeneralsekretärin für Humanitäre Hilfe und Nothilfe Koordinatorin. „Mit der Durchführung dieses Plans und seiner vollständigen Finanzierung können Nahrungsmittel und Medikamente für Kinder bereitgestellt werden, zudem Familienzelte, die vor der Kälte schützen. Ferner kann psychosoziale Unterstützung für die traumatisierten Opfer angeboten werden.“

*UNHCR: UN und Partner stellen großangelegte, neue Hilfspläne für Syrien und die Region vor (18.12.2014, PDF, 0,2 MB)*

---

## Aus den Initiativen

---

### ProAsyl Essen startet Verkaufsaktion für Flüchtlinge

ProAsyl Essen hat im Generationen-Kulthaus in der Essener Innenstadt ein Charity-Regal eingerichtet. Bis zum 04.02.2015 können Besucherinnen dort (hauptsächlich) Second-Hand-Artikel aller Art erste-

hen. Der Verkaufserlös kommt der Flüchtlingsarbeit in Essen zugute.

*ProAsyl Essen auf Facebook*

---

## Europa

---

Push-Back-Überlebende reichen Klage ein  
Drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan starben am 20.01.2014, als ihr Boot im Schlepptau der griechischen Küstenwache vor der Insel Farmakonisi sank. Genau ein Jahr später hat ein Team von Anwältinnen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Griechenland eingereicht. Das berichtete PRO ASYL in einer Presseerklärung vom 20.01.2015. Die Überlebenden werfen der griechischen Küstenwache vor, sie seien bei stürmischer See mit voller Kraft zurück in Richtung Türkei gezogen worden. Die Küstenwache behauptet, sie hätte das Boot mit langsamer Fahrt in Richtung Farmakonisi geschleppt. Die Flüchtlinge schildern eine Push-Back-Operation (völkerrechtswidrige Zurückschiebung), die griechischen Behörden behaupten, eine Seenotrettungsmaßnahme durchgeführt zu haben. Nach Recherchen von PRO ASYL sind solche Push-Back-Operationen gängige Praxis, um Flüchtlingsboote in die Türkei zurückzudrängen.

*PRO ASYL: Ein Jahr nach tödlichem Grenzschutz Einsatz vor Farmakonisi (20.01.2015)*

### Mit Flugdrohnen gegen Flüchtlinge

Die europäischen Länder wollen bei der Abwehr unerwünschter Migrantinnen künftig auch auf eine Überwachung des Mittelmeerraums durch Flugdrohnen setzen. Das berichtete das Online-Portal Telepolis am 15.01.2015. Polizei- und Militärbehörden führten bereits umfangreiche Tests über „Brennpunkte“ im Mittelmeer durch. Insgesamt sollen 31 Millionen Euro für die geplanten Projekte zur Verfügung gestellt werden.

*Telepolis: 31 Millionen für Drohnen gegen unerwünschte Migranten (15.01.2015)*

### Debatte über Dublin-Überstellungen

Unterstützt von Künstlerinnen und anderen Prominenten hat PRO ASYL am 15.01.2015 die Kampagne „Wir treten ein! Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III“ gestartet. In dem Appell zur Kampagne heißt es: „Das Dublin-System ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Die desolate Situation der Flüchtlinge in vielen EU-Ländern ist das Ergebnis einer unsolidarischen Asylpolitik.“ Die Unterzeichnerinnen fordern die deutschen Behörden daher auf, Dublin-Abschiebungen umgehend auszusetzen, Asylsuchenden die Möglichkeit einzuräumen, ihren Zufluchtsort selbst zu wählen und allen Schutzberechtigten volle Freizügigkeitsrechte innerhalb Europas zuzugestehen.

Wenige Tage vor Beginn der Kampagne vermeldete der Flüchtlingsrat Niedersachsen am 05.01.2015, dass Bund und Länder eine Ausweitung der Dublin-Überstellungen planten. So sollen Überstellungen künftig schneller vollzogen und gegebenenfalls durch Abschiebungshaft abgesichert werden. Eine Übersicht der geplanten Maßnahmen hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen auf seiner Internetseite zusammengestellt.

*Kampagne „Wir treten ein!“*

*Flüchtlingsrat Niedersachsen: Bund und Länder beraten Maßnahmen zur Ausweitung von Dublin-Abschiebungen (05.01.2015)*

---

## Deutschland

---

### Aufenthaltserlaubnisse für syrische Flüchtlinge werden verlängert

Die Aufenthaltserlaubnisse für syrische Flüchtlinge, die im Rahmen des humanitären Aufnahmeprogramms des Bundes nach Deutschland eingereist sind,

werden nach ihrem Ablauf zunächst um zwei Jahre verlängert. Das hat das Bundesministerium des Innern in einem Schreiben vom 10.12.2014 mitgeteilt. Gemäß der Aufnahmeanordnung würden die Betroffenen „für die Dauer des Konflikts und dessen für die

Flüchtlinge relevanter Folgen“ in Deutschland aufgenommen. Um eine einheitliche Praxis im Bundesgebiet zu gewährleisten, sollten die Aufenthaltserlaubnisse von Personen aus dem Bundesaufnahmeprogramm um jeweils weitere zwei Jahre verlängert werden, wenn nicht im konkreten Einzelfall besondere Gründe für eine davon abweichende Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis sprächen. Insbesondere solle vermieden werden, durch eine zu kurze Gültigkeitsdauer einen Anreiz dafür zu setzen, dass die Betroffenen Asylverfahren betreiben.

*Bundesministerium des Innern: Aufnahme syrischer Flüchtlinge (10.12.2014, PDF, 0,8 MB)*

**Lockerung der Residenzpflicht tritt in Kraft**  
Mit Beginn des neuen Jahres sind einige Änderungen im Bereich der Residenzpflicht in Kraft getreten. Nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland können sich Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsgestattung und Geduldete künftig grundsätzlich erlaubnisfrei im gesamten Bundesgebiet bewegen. Allerdings kann der Residenzbezirk eingeschränkt werden, wenn der Flüchtling rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt wurde (ausländerrechtliche Straftaten sind ausgenommen), gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen hat oder wenn „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung gegen den Ausländer bevorstehen“.

Daneben dürfen Wohnsitzauflagen bei Personen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung nur noch vorgenommen werden, wenn der Lebensunterhalt nicht gesichert ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass im Falle der eigenständigen Lebensunterhaltssicherung keine Wohnsitzauflage verhängt werden darf. Sofern eine Wohnsitzauflage zuvor verhängt worden ist und die Person zwischenzeitlich den Lebensunterhalt sichert, ist die Streichung der Wohnsitzauflage bei der zuständigen Behörde zu beantragen.

*Kay Wendel: Anmerkungen zum Rechtsstellungsverbesserungsgesetz (31.12.2014, PDF, 0,1 MB)*

**AsylbLG-Leistungssätze steigen ab März**  
Ab dem 01.03.2015 werden die Leistungssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angepasst. Für alleinstehende Leistungsberechtigte wurde ein notwendiger monatlicher Bedarf in Höhe von 216 Euro festgelegt. Zusätzlich erhalten alleinstehende Leis-

tungsempfängerinnen einen Barbetrag in Höhe von 143 Euro.

*Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 14 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. März 2015 (PDF, 0,1 MB)*

### PRO ASYL warnt CSU vor Stimmungsmache

In einer Pressemitteilung vom 07.01.2015 hat PRO ASYL die bayerische CSU davor gewarnt, populistische Stimmungsmache auf dem Rücken von Flüchtlingen zu betreiben. Die Partei hatte im Vorfeld ihrer Klausurtagung in Wildbad-Kreuth gefordert, Flüchtlinge im Dublin-Verfahren und Asylsuchende aus den Westbalkanländern schneller abzuschieben. Bei den Äußerungen handele es sich offensichtlich um einen Anbiederungsversuch an die sogenannte „Pegida“-Bewegung, so Marei Pelzer, Referentin von PRO ASYL. Damit würden Ressentiments, die „Pegida“ bediene, bewusst von der CSU verstärkt.

*PRO ASYL: Populistische Stimmungsmache auf dem Rücken von Flüchtlingen (07.01.2014)*

### Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht

Seit dem 20.12.2014 gelten in Deutschland neue Regelungen bezüglich der so genannten doppelten Staatsbürgerschaft. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern müssen sich künftig unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr mit Vollendung des 21. Lebensjahres für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, sondern können unter Umständen beide Pässe behalten. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger bezeichnete die Änderungen als „wichtigen Schritt zu mehr Vielfalt“. Ziel sollte es aber sein, dass der Bund zukünftig vollständig auf die Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht verzichtet.

*Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: Ein wichtiger Schritt zu mehr Vielfalt (20.12.2014)*

*Bundesministerium des Innern: Neuregelung zur Optionspflicht tritt in Kraft (20.12.2014)*



## Aktuelle Informationen zur Syrien-Aufnahme

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung umfangreiche Angaben über die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge gemacht, die bisher im Rahmen der Aufnahmeprogramme von Bund und Ländern nach Deutschland eingereist sind. Darin schließt sich die Bundesregierung auch der Auffassung des Bundesinnenministeriums an, nach der Verpflichtungserklärungen, die in Deutschland für die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge abgegeben wurden, auch dann fortbestehen, wenn die eingereisten Bürgerkriegsflüchtlinge hier einen Antrag auf Asyl stellen, der mit einem Schutzstatus beschieden wird.

*Bundesregierung: Aktueller Stand der Einreisen und der Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen (19.12.2014, PDF, 0,2 MB)*

## Handwerkspräsident will Zuwandererinnen für Ausbildungsberufe

In einem Interview mit der Rheinischen Post vom 27.12.2014 hat sich der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, dafür ausgesprochen, Flüchtlingen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu erleichtern. Hintergrund dieses Vorstoßes ist der akute Fachkräftemangel, mit dem viele Handwerksbetriebe in Deutschland momentan zu kämpfen haben. „Wenn wir einen jungen Flüchtling ausbilden, muss aber auch klar sein, dass er über die gesamte Lehrzeit in Deutschland bleiben darf“, so Wollseifer. „Hier ist die Politik gefordert, denn unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit“.

*Rheinische Post: Die Wirtschaft fordert mehr Zuwanderer (27.12.2014)*

## Anerkennungsquoten variieren zwischen den Ländern

Zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Anerkennungsquote für Flüchtlinge. Darauf hat die „Welt“ in einem Artikel vom 17.01.2015 hingewiesen. Obwohl die Anerkennungsgründe bundeseinheitlich geregelt

sind, erhielten beispielsweise Asylsuchende aus Pakistan in Hessen nur in knapp 30 Prozent der Fälle eine Anerkennung, während die Quote in Niedersachsen bei über 60 Prozent liegt.

*Die Welt: So unterschiedlich bewerten die Länder Asylanträge (17.01.2015)*

## Bayern will „konsequenter“ abschieben

In einem Interview mit dem Münchener Merkur erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann am 31.12.2014, Bayern werde abgelehnte Asylbewerberinnen im neuen Jahr schneller und konsequenter abschieben. An jeder Erstaufnahmeeinrichtung solle es künftig eine Ausländerbehörde geben, die die Abschiebungen durchführen soll. Auch die Zahl der hierfür zuständigen Mitarbeiterinnen wurde aufgestockt. Die Landesregierung erhofft sich von den neuen Maßnahmen offenbar auch eine Abschreckungswirkung. „Je stärker der Vollzug ist, desto mehr abgelehnte Asylbewerber gehen auch freiwillig“, so Herrmann gegenüber der Tageszeitung.

*Münchener Merkur: Bayern schiebt konsequenter ab (31.12.2014)*

## Demonstrantinnen fordern Aufklärung in Dessau

Bis zu 1.000 Menschen haben am 07.01.2015 dem aus Sierra Leone stammenden Flüchtling Oury Jalloh gedacht, der vor zehn Jahren in einer Polizeizelle in Dessau bei einem Feuer ums Leben gekommen war. Die Demonstrantinnen forderten, dass die Todesumstände lückenlos aufgeklärt werden müssten und warfen den diensthabenden Polizistinnen eine Mitschuld für den Tod des Asylsuchenden vor. In den zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen, die seit dem Tod Oury Jallohs geführt wurden, konnte die Verantwortung der Polizeibeamtinnen bislang nicht abschließend geklärt werden.

*Spiegel: Demonstranten fordern Aufklärung im Fall Oury Jalloh (08.01.2014)*

*Initiative Oury Jalloh*

**Evangelische Kirche stärkt Flüchtlingsarbeit**  
In einer Pressemitteilung vom 16.01.2015 hat die Evangelische Kirche im Rheinland angekündigt, im neuen Jahr zusätzlich eine Million Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung zu stellen. Zugleich übte die Landessynode scharfe Kritik an der europäischen Flüchtlingspolitik. Das tägliche Sterben an den EU-Außergrenzen sei eine Schande für Europa. „Für die Menschen, die als Flüchtlinge und Asylsuchende nach Europa gelangen, brauchen wir ein gerechtes neues Gesamtkonzept der Flüchtlingsaufnahme in Europa“, so Kirchenrat Rafael Nikodemus.

*Evangelische Kirche im Rheinland: Rheinische Kirche stellt eine Million Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung (16.01.2015)*

**Landessportbund fördert Flüchtlingsprojekte**  
Das Präsidium des Landessportbundes NRW will Sportvereine, die Angebote für Flüchtlinge anbieten, einmalig mit einer Förderung von bis zu 500 Euro zu unterstützen. So sollen Vereine aktiv auf die Flüchtlinge zugehen und sie in bestehende Angebote und Veranstaltungen einbinden oder ihnen neue entsprechende Schnupperangebote unterbreiten. Interessierte Vereine können sich bis zum 31.01.2015 an ihren jeweiligen Stadt- bzw. Kreissportbund wenden, wo ein entsprechender Vordruck bereit liegt.

*Landessportbund: Sport für Flüchtlinge in NRW (17.12.2014)*

**Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“**  
Mit dem Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ wird eine Lücke in dem seit Anfang 2011 geltenden Bildungs- und Teilhabepaket geschlossen. Kinder und Jugendlichen, die in Kindertagesbetreuung und in Schulen an einer gemeinsamen Mittagsverpflegung teilnehmen und trotz Bedürftigkeit keine Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, werden durch den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ unterstützt. Das Angebot richtet sich auch an zugewanderte Familien aus dem EU-Ausland sowie an Flüchtlinge, die keine Ansprüche auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben.

*MAIS NRW: Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“*

### European Homecare verspricht neues Konzept

Vor rund vier Monaten sorgten Misshandlungsfälle in mehreren von der Firma European Homecare betriebenen Erstaufnahmestellen bundesweit für Schlagzeilen. Gegenüber dem WDR erklärte ein Firmensprecher nun, dass das Essener Unternehmen momentan an einem neuen Betreuungs- und Sicherheitskonzept arbeite. Noch im Frühjahr sollen neue Standards entwickelt und implementiert werden, um entsprechende Vorfälle in Zukunft ausschließen zu können.

*WDR: Auf dem Weg der Besserung (16.01.2015)*

### Kritik an Flüchtlingsunterbringung in Schwerte

Das Vorhaben der Stadt Schwerte, Flüchtlinge in einem ehemaligen Konzentrationslager unterzubringen, hat über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus für Irritationen gesorgt. In einer Baracke auf dem Gelände, auf dem zwischen 1937 und 1945 Zwangsarbeiterinnen interniert worden waren, sollen nun 21 Flüchtlinge einziehen. Der Flüchtlingsrat NRW bezeichnete die Pläne in mehreren Interviews als pietätlos und unsensibel. Die Stadtverwaltung weist ihrerseits darauf hin, dass das Gebäude in der Vergangenheit bereits als Kindergarten und Kunstatelier genutzt worden sei.

*Rheinische Post: Schwerte hält an Flüchtlingsheim auf KZ-Gelände fest (16.01.2015)*

### Theater-Projekt sucht Darstellerinnen

Die Kunst-Initiative „Ruhorter“ sucht auch im neuen Jahr wieder nach Migrantinnen mit Fluchthintergrund, die Theater spielen und Teil des Ensembles werden möchten. Das erste Kennenlernen findet am 19.01.2015 um 18.00 Uhr im Theater an der Ruhr (Buslinie 122 ab Mülheim Hauptbahnhof) statt. Die Premiere soll Mitte Juni 2015 stattfinden. Geprüft

wird generell montags und donnerstags von 18.00 bis 21.30 Uhr im Theater an der Ruhr. Interessentinnen können sich unter der E-Mail-Adresse

[adem.koe\(at\)googlemail.com](mailto:adem.koe(at)googlemail.com) an den Initiator Adem Köstereli wenden.

*Kunstprojekt Ruhrorter*

---

## Rechtsprechung und Erlasse

---

**MIK NRW zur Abschiebung in Balkanländer**  
Mit Erlass vom 22.12.2014 hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales angeordnet, dass Angehörige der Volksgruppen der Roma, Ashkali und Ägypter, die zu einer besonders schutzbedürftigen Gruppe (Familien und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, allein reisende Frauen, alte Menschen über 65 Jahre, Kranke und Pflegebedürftige) gehören, nur noch nach einer sorgfältigen Einzelfallprüfung abgeschoben werden sollen. Anmeldungen zur Flugbuchung sind der Zentralen Stelle des Landes NRW für Flugabschiebungen

(ZFA) somit künftig nur nach einer sorgfältigen Einzelfallprüfung zuzuleiten. Die Durchführung einer Einzelfallprüfung ist der ZFA in der Anmeldung zur Flugbuchung zu bestätigen. Zugleich ist zu erklären, dass die Betroffene über die aktuellen finanziellen Hilfsmöglichkeiten des REAG/GARP-Programms unterrichtet wurde.

*MIK NRW: Rückführung ausreisepflichtiger Personen in die Westbalkan-Republiken Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien (22.12.2014)*

---

## Zahlen und Statistik

---

### 202.834 Asylanträge im Jahr 2014

Im Jahr 2014 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 202.834 Asylanträge gestellt, 75.811 mehr als im Vorjahr. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um etwa 60 Prozent. Allein ca. 41.000 Asylsuchende kamen aus Syrien; das waren 20 Prozent aller Asylanträge. Insgesamt 33.310 Personen erhielten im Jahr 2014 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (25,8 Prozent aller Antragstellerinnen). Zudem erhielten 5.174 Personen (4,0 Prozent) subsidiären Schutz nach § 4 Absatz 1 des Asylverfahrensgesetzes und 2.079 Personen (1,6 Prozent) Abschiebungsschutz gemäß § 60 Abs. 5 oder 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes.

PRO ASYL wies in einer Pressemitteilung vom 15.01.2015 darauf hin, dass die bereinigte Gesamtschutzquote bei 48,5 Prozent lag. Fast die Hälfte aller Asylsuchenden, über deren Fall in Deutschland inhaltlich entschieden worden ist, durfte auf der Basis einer positiven Entscheidung bleiben. PRO ASYL geht auch für 2015 von kontinuierlich hohen Flüchtlingszahlen aus. Gemessen an den Größenordnungen, in denen etwa die Türkei, der Libanon und Jordanien

Flüchtlinge aufnehmen, könne von einem „Flüchtlingsstrom“ jedoch keine Rede sein. Es stehe auch nicht zu erwarten, dass die Verhältnisse in Syrien, im Irak, in Somalia, Eritrea oder Afghanistan sich kurzfristig so verbessern würden, dass Flüchtlinge zurückkehren könnten. Auch aus den Staaten des westlichen Balkans würden Menschen kommen, so lange sie die dortige strukturelle Diskriminierung lebensbedrohlichen Formen der Verelendung aussetze.

*Bundesministerium des Innern: 202.834 Asylanträge im Jahr 2014 (14.01.2015)*

*PRO ASYL: PRO ASYL zur Asylstatistik 2014 (15.01.2015)*

### UNHCR veröffentlicht Halbjahresbericht

Im ersten Halbjahr 2014 mussten 1,4 Millionen Menschen aus ihrem Herkunftsland fliehen. Hinzu kamen 5,5 Millionen neue Binnenvertriebene. Das geht aus dem UNHCR-Halbjahresbericht hervor, den das Flüchtlingskommissariat am 07.01.2015 veröffentlicht hat. Eines der Hauptergebnisse des Berichts ist,



dass Syrerinnen zum ersten Mal den größten Anteil der Flüchtlinge ausmachen, die unter das UNHCR-Mandat fallen. In den letzten 30 Jahren stellten immer Vertriebene aus Afghanistan die größte Gruppe dar. Mit mehr als 3 Millionen Flüchtlingen im Juni 2014, machen Syrerinnen nun 23 Prozent der Flücht-

lingsbevölkerung unter dem Mandat von UNHCR aus.

*UNHCR: Mehr Menschen auf der Flucht (07.01.2015)*

---

## Materialien

---

### Broschüre „Grundlagen des Asylverfahrens“

Der Paritätische Gesamtverband e.V. hat im Dezember 2014 eine aktualisierte Auflage der Arbeitshilfe „Grundlagen des Asylverfahrens - Eine Arbeitshilfe für Berater und Beraterinnen“ herausgebracht. Mit dieser aktualisierten 2. Auflage werden auch die umfangreichen rechtlichen Änderungen, die insbesondere mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz zum 01.12.2013 Einzug ins deutsche Asylverfahrensrecht gefunden haben, berücksichtigt. Erstellt wurde die Broschüre von Mitarbeiterinnen des Büros für die Qualifizierung der Flüchtlingsberatung der GGUA Flüchtlingshilfe e.V.

*Der Paritätische Gesamtverband: Grundlagen des Asylverfahrens (PDF, 1,4 MB)*

### Ratgeber zur Begleitung von Hungerstreikenden

Im Dezember 2014 hat der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte einen Ratgeber zu praktischen Fragen in der medizinischen Betreuung von Hungerstreikenden veröffentlicht. Die medizinisch tätigen Personen im Umfeld der vergangenen Hungerstreikaktionen hätten stets vor der schwierigen Situation gestanden, dass nur wenige bis gar keine Informationen über das „richtige“ Verhalten bei der Betreuung von Hungerstreikenden zur Verfügung stünden, so die Verfasserinnen im Vorwort des Readers. Mit dem nun vorliegenden Ratgeber sollte diese Lücke geschlossen und all jenen Medizinerinnen, die sich ehrenamtlich in einer solchen Situation medizinisch engagieren, eine kurze Einführung in die Thematik gegeben werden.

*Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte: Praktische Fragen in der medizinischen Betreuung von Hungerstreikenden (PDF, 0,2 MB)*

### Länderbericht Bulgarien

Die Initiative bordermonitoring.eu hat im Dezember die deutsche Übersetzung ihres aktuellen Berichts über die Situation von Flüchtlingen in Bulgarien veröffentlicht. Auf 54 Seiten informiert die Broschüre über Push-Backs an den bulgarischen Außengrenzen, über die Situation in den Flüchtlingslagern und über rassistisch motivierte Gewalt gegen Flüchtlinge in dem osteuropäischen Land.

*bordermonitoring.eu: Die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Bulgarien (22.12.2014)*

### Bundesamt veröffentlicht UMF-Tagungsbericht

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat auf seiner Internetseite einen ausführlichen Bericht der Tagung zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge veröffentlicht, die am 24.10.2014 in Nürnberg stattfand. Auch die Referate der Konferenzteilnehmerinnen, die sich unter anderem mit dem Clearingverfahren und der Praxis der Altersfestlegung auseinandersetzten, stehen auf der Seite des Bundesamts zum Download bereit.

*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Konferenzbericht Unbegleitete Minderjährige (30.12.2014)*

### ARD-Dokumentation zur Asylpolitik

Die ARD hat am 19.01.2015 eine 45-minütige Dokumentation über die europäische Flüchtlingspolitik, ihre Folgen und über mögliche Alternativen ausgestrahlt. Der Film stellt die Asyl- und Flüchtlingspolitik in vielen Bereichen auf den Prüfstand und berichtet auch über die aktuelle Situation in den Kommunen.

ARD: Flüchtlinge - Aufnahmen oder Abschieben?  
(19.01.2015)

„Weltspiegel“ über Flüchtlinge in Calais  
Das ARD-Magazin „Weltspiegel“ hat in seiner Ausgabe vom 18.01.2015 über die Situation von Flüchtlingen in Calais berichtet. In der französischen Hafenstadt stranden viele Flüchtlinge und Migrantinnen, die auf eine Gelegenheit warten, nach Großbritannien oder in andere europäische Länder weiterzureisen.

*Weltspiegel: Die Heldin von Calais (18.01.2015)*

WDR-Doku zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

Der WDR hat am 12.01.2015 eine 45-minütige Dokumentation zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland ausgestrahlt. Der Film zeigt, wie überfordert Politikerinnen und Behörden von den steigenden Flüchtlingszahlen sind und stellt die Frage, was sich politisch am Asylsystem ändern muss, wenn Deutschland in Zukunft angemessen mit Flüchtlingen umgehen will.

*WDR: Willkommen – Wie der Flüchtlingsstrom Deutschland überfordert (12.01.2015)*

---

## Termine

---

**09.01.-27.01.2015:** Ausstellung „Nirgendwo ist hier“. Volkshochschule Düsseldorf, Foyer des WBZ, Bertha-von-Suttner-Platz 1, Düsseldorf.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.nirgendwoisthier.de](http://www.nirgendwoisthier.de)

**22.01.2015:** Fachtagung „Struktureller und individueller Rassismus in Jugendarbeit, Schule und Sport“. 13.00 Uhr, LVR Horion-Haus, Hermann-Pünder-Straße 1, Köln.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.nrweltoffen.de](http://www.nrweltoffen.de)

**26.01.2015:** Vortrag „Homophobie in Russland“. 19.00 Uhr, Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), Gartensaal, Goethestr. 31, Essen.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.kulturwissenschaften.de](http://www.kulturwissenschaften.de)

**28.01.2015:** Preisverleihung des „Grünen Marabu“ an flüchtlingspolitische Initiativen aus NRW. 17.30 Uhr, Ibach-Saal im Düsseldorfer Stadtmuseum, Berger Allee 2, Düsseldorf.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.gruene-nrw.de](http://www.gruene-nrw.de)

**31.01.2015:** Tagesseminar „Alle im Boot?! Schwer erreichbare Zielgruppen in Beteiligungsprozesse einbeziehen“. 10.30 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, Bochum.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.fnrnw.de](http://www.fnrnw.de)

**03.02.2015:** Vortrag „Homophobie und islamischer Extremismus“. 19.00 Uhr, Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), Gartensaal, Goethestr. 31, Essen.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.kulturwissenschaften.de](http://www.kulturwissenschaften.de)

**06.02.-28.02.2015:** Ausstellung „Nirgendwo ist hier“. Mensa Uni Köln, Restaurant (MG Süd), Zülpicher Straße 70, Köln

Weitere Informationen finden Sie unter [www.nirgendwoisthier.de](http://www.nirgendwoisthier.de)